

V0518/25

Ergänzungsantrag zu VO394/25 zur Stadtratssitzung
-Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 17.07.2025-

Antrag:

die UWG-Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag:

1. Der Stadtrat beschließt, die Ziffer 3d/IV zu ändern: Der Baubeginn der Mittelschule Mitte West wird neu festgelegt und angepasst an den Baubeginn der Johann- Nepomuk-von-Kurz Schule.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung Kontakt mit dem Bezirk Oberbayern aufzunehmen zur Erarbeitung eines gemeinsamen Terminplans. Das Ergebnis dieser Beratung zur planmäßigen Erschließung des gemeinsamen Baufeldes beider Schulen wird dem Stadtrat unverzüglich vorgelegt.

Stadtrat	29.07.2025	Bekanntgabe
----------	------------	-------------

Stadtrat vom 29.07.2025

*Die Vorlagen der Verwaltung **V0394/25** und **V0437/25** sowie der **Ergänzungsantrag der UWG-Stadtratsfraktion V0518/25** und der **Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion V0543/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Als ehemaliger Mittelschullehrer verweist Stadtrat Niedermeier auf die Mittelschulmisere in Ingolstadt. Er bemängelt, dass in der geplanten Mittelschule Nordost nun nicht die Mittelschule, sondern das Katharinen-Gymnasium untergebracht werden solle. Die Folge sei nach seinen Worten ein Mittelschulhüpfen, wenn die Mittelschule Oberhaunstadt, zur Pestalozzimittelschule wechsele und diese wiederum zur Lessing-Mittelschule. Dies sei sowohl für die Schüler als auch für die Schulverwaltung, aber auch für die Schulbusse eine große Herausforderung. Weiter verweist Stadtrat Niedermeier auf die geplante Mittelschule am Dachsberg und den Schulverbund mit der Mittelschule auf der Schanz und der Mittelschule Friedrichshofen. Erstaunlich sei nun, dass dieser Schulverbund auf drei Stützpunkte aufgeteilt werden solle. Die Mittelschule Friedrichshofen solle in Container untergebracht und die Mittelschule auf der Schanz auf zwei Standorte aufgeteilt werden. Hier sei das Ignazius-Haus im Gespräch. Stadtrat Niedermeier wolle sich gar nicht vorstellen, was dies für die einzelnen Lehrkräfte bedeute. Weiter verweist er auf den telefonischen Kontakt mit dem Pressereferenten der Bezirksregierung. Stadtrat Niedermeier habe zweimal bestätigt bekommen, dass dieser weiterhin plane, das eigene Bauvorhaben im bisher angedachten Zeitraum durchzuführen und nicht nach hinten zu verschieben. Stadtrat Niedermeier weist darauf hin, dass es sich um ein gemeinsames Baufeld handelt, wo zwei Schulen geplant und gebaut werden. Es gebe hier keinen Zaun dazwischen, denn der Bezirk beharre auf eine planmäßige Umsetzung. Hier müsse die Stadt agieren und insofern sei der Antrag seiner Stadtratsfraktion, mit dem Bezirk Gespräche zu führen um auf einen gemeinsamen Konsens zu kommen. Stadtrat Niedermeier finde den Umgang mit der Mittelschule ungeheuerlich und merkt an, dass keine andere Schulart so behandelt werde.

Oberbürgermeister Dr. Kern verweist auf die Gespräche mit dem Bezirkstagspräsidenten. Dem Bezirk sei wichtig, die Nepomuk-von-Kurz Schule zu errichten. Diese sei vollkommen

von der Mittelschule Mitte West abgetrennt. Oberbürgermeister Dr. Kern betont, dass ihm jeder Schüler wichtig sei. Die Mittelschule ermögliche das von Stadtrat Niedermeier angesprochene Rogieren. Wenn das Rogieren zu Folge habe, dass Containerlösungen vermieden werden können, sei dies ein positiver Aspekt. Oberbürgermeister Dr. Kern betont, dass der Bezirk seine Schule errichten könne, ohne dass er die Stadt dazu benötige, denn es handelt sich um zwei vollkommen getrennte Bauvorhaben.

Vorweg verweist Herr Hoffmann auf die finanzielle Situation und insofern sei von Bauseiten her versucht worden eine einigermaßen verträgliche und gerechte Lösung zu finden. Weiter verweist er auf das strategische Immobilienmanagement, wo zwei Baukörper im Vordergrund stehen. Hierbei handelt es sich um zwei Gymnasien, die von der Bausubstanz her nicht mehr tragbar seien. Das Apian- und Katharinengymnasium müssen dringend saniert werden. Zum Baufeld merkt er an, dass weder im Wettbewerb noch im Siegerentwurf geplant sei, eine gemeinsame Tiefgarage zu bauen. Gerade deshalb sei der Siegerentwurf ausgewählt worden. Es handelt sich bei den Baukörpern um zwei separate und unterschiedliche Baufelder. Im Süden befinde sich die Nepomuk-von-Kurz Schule und im Norden die Mittelschule und dazwischen befindet sich ein großes Sportfeld der Mittelschule. Auch der Schulleiter der Nepomuk-von-Kurz Schule habe eine räumliche Trennung der Schulanlagen gefordert. Dies sei auch im Auslobungstext so klar definiert. Die Freibereiche seien so zu gestalten, dass eine permanente Beaufsichtigung der Kinder möglich sei und verhindere, dass sich Kinder unbemerkt vom Schulgelände entfernen können. Es sei keine uneingeschränkte Öffnung von Geländeteilen möglich. Insofern stehe dies einer gemeinsamen Nutzung der Freiflächen mit der benachbarten Mittelschule entgegen. Um jedoch gemeinsam inklusive Maßnahmen und Nutzungen im Rahmen der Zusammenarbeit entwickeln zu können, sollen Übergänge kontrolliert geöffnet werden können. Insofern sei ein Zaun angedacht. Von der reinen Hochbaurealisierung sei es möglich, die beiden Schulen unterschiedlich zu entwickeln. Wenn mit dem Bau der Mittelschule Mitte West später begonnen werde, werde man den Bezirk Oberbayern in der Realisierung seines Schulvorhabens nicht behindern oder beeinträchtigen.

Frau Wittmann-Brand verweist auf das vor zwei Wochen stattgefundenen Treffen mit dem Bezirk. Dieser habe die Entwurfsplanung relativ weit vorangetrieben und gehe davon aus, dass bis Oktober die Leistungsphase III abgeschlossen werden könne. Somit könne bis Ende des Jahres die Haushaltsunterlage dem Bauausschuss vorgelegt werden. Damit dem Bezirk das Grundstück zur Verfügung stehe, müsse man mit dem Bauleitplanverfahren und der Umlegung vorankommen. Mit den 15 Eigentümern habe es bereits einen gemeinsamen Termin für den Abschluss der Vorverträge gegeben. Hierzu werde dem Stadtrat in der Dezembersitzung eine Entwurfsgenehmigung vorgelegt werden. Weiter zeigt Frau Wittmann-Brand anhand einer Präsentation die 3D-Visualisierung des Bebauungsplanes. Die Erschließung mit der Spatenplanung und die Straßenplanung seien bereits sehr weit vorangeschritten. Insofern gehe man davon aus, dass man die planreife voraussichtlich im zweiten Quartal 2026 und den Satzungsbeschluss im dritten Quartal 2026 fassen könne. Insofern könne im frühestens im Frühjahr 2026 mit der Erschließung begonnen werden. Mit dem ersten Teil solle von Ost nach West begonnen werden, da in der Steigerwaldstraße bereits der Kanal vorhanden sei. Somit könne auch hier eine interne Baustraße gebaut werden. Frau Wittmann-Brand informiert, dass zwei Abschnitte vorgesehen sei. Der Bebauungsplan müsse noch von der Regierung von Oberbayern genehmigt werden. Da es sich um ein paralleles FMP-Planverfahren handelt, sei die Genehmigung von drei auf einen Monat verkürzt. Insofern gehe man davon aus, dass die Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes bis Mitte 2026 vorliegen könne. Wenn die städtebaulichen Verträge mit den Eigentümern Anfang nächsten Jahres entsprechend verabschiedet werden könne, gehe die Stadtbaurätin von einer guten Planungssicherheit für das Baufeld der Schule aus.

Für Herrn Grandmontagne sei die emotionale Erregung von Stadtrat Niedermeier nicht nachvollziehbar. Er betont, dass die Schulen aufgrund von Zahlen, die das Schulverwaltungsamt seit vielen Jahren mit großer Zuverlässigkeit erhebe, geplant werden.

Diese Zahlen werden unabhängig von Schulart, für alle Schüler in Ingolstadt, geplant. Es gebe keine Privilegierung von Gymnasien oder gar eine schlechte Behandlung von Mittelschulen. Herr Grandmontagne verweist auf den gesetzlichen Auftrag für alle Schüler dieser Stadt einen Schulplatz bereitzustellen, denn dies sei die Grundlage des Handelns. Die Konsolidierung sei kein Wunschprogramm, aber eine harte Arbeit zwischen dem Schulverwaltungs- und dem Bauamt. Das von Stadtrat Niedermeier angesprochene Mittelschulhüpfen sei sicherlich kein guter Zustand, aber diesem können auch andere Versäumnisse, die sich schon länger aufgebaut haben, zu Grunde legen. Weiter wolle Herr Grandmontagne den Vorwurf ausräumen, dass bei den Schulen gespart werde, um den Hämerbau zu sanieren. Er betont, dass das eine nichts mit dem andren zu tun habe. Grundlage des Schulkonsolidierungsplans bleibe die Demografie des Schulverwaltungsamtes und das seitens des Hochbauamtes und des Referat IV abgestimmten Konsolidierungsprogramm.

Zur von der Stadtbaurätin erwähnten Straße verweist Stadtrat Niedermeier auf einen Stadtratsbeschluss vom 10.04.2013. Hierzu verweist er auf die Verbindungsstraße Klinikum / Ochsenmühlstraße. Diese Straße sei seit dieser Zeit nicht mehr angerührt worden. Stadtrat Niedermeier habe durch das Baufeld, bzw. durch die Schulen die Hoffnung gehabt, dass diese Straße ertüchtigt werde. Er bemängelt, dass nun wieder nur die Hälfte gebaut werde. Insofern sei dies für die Anwohner erfreulich, dass der Verkehr nicht nur rein, sondern auch rausgehe. Er wolle nicht kritisieren, dass bei der Nepomuk-von-Kurz Schule viele Kleinbusse auffahren. Stadtrat Niedermeier betont, dass die Aussage zur Kultur und Schule nicht von ihm stamme, da er selbst ein interessierter Theaterbesucher sei. Er merkt an, dass er Mitglied der Jury gewesen sei und es sich für ihn immer um ein einzelnes Baufeld, welches von einem einzigen Architektenteam bearbeitet werde, gehandelt habe. Die Schulen sehen sich äußerlich ähnlich und nun reinzubringen, dass ein Zaun dazwischen sei, sei für ihn Humbug. Er betont, dass nie von einem Zaun zwischen den beiden Schulhäusern die Rede gewesen sei. Ihm sei bekannt, dass der Rektor der Nepomuk-von-Kurz Schule sehr wohl Synergieeffekte anstrebe. Der Unterschied zur Mittelschule sei, dass die Nepomuk-von-Kurz Schule von kleineren Kindern besucht werde.

Frau Wittmann-Brand geht auf den Wortbeitrag von Herrn Hoffmann ein und erläutert, dass die Anforderung, dass das Gelände der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule umzäunt werden müsse, nicht von der Stadt Ingolstadt komme, sondern von der Schule bzw. dem Bezirk selbst aufgestellt werden. Für sie sei diese Anforderung auch nachvollziehbar, da Schülerinnen und Schüler, die dort beschult würden, ein ausgeprägtes Maß an Weglauf-Tendenzen haben. Vor diesem Hintergrund sei von Beginn an, wie auch im Auslobungstext vermerkt, eine Abzäunung zum Schutz mit eingeplant worden.

Um Missverständnisse vorzubeugen, informiert Stadtbaurätin Wittmann-Brand, dass die Erschließungsstraße selbstverständlich in einem Zug gebaut würde. Man beginne lediglich damit, von der Vorwaltnersstraße bis zur Schule hin und anschließend von der Ochsenmühlstraße bis zur Schule zu bauen. Aber es würde nicht geteilt gebaut. Logistisch sei es einfacher, das Ganze ein Stück weit zu entzerren. Dass die Planung gemeinsam stattgefunden habe, sei schon mal eine ganz gute Grundlage, betont sie.

Oberbürgermeister Dr. Kern stellt klar, dass das Thema sich mit Tagesordnungspunkt 3 überschneide.

Stadträtin Leininger kritisiert die Behauptung von Stadtrat Niedermeier, dass der Stadtrat andere Schularten bevorzugen würde. Die Aufgabe sei nicht, Friedrichshofen zu bevorzugen, sondern einen Blick auf das ganze Stadtgebiet zu haben und zu versuchen, möglichst einen Ausgleich zu schaffen. Es sei offensichtlich, dass das Konsolidierungsprogramm Zumutungen für alle Schulen, Schülerinnen und Schüler als auch für Lehrerinnen und Lehrer beinhalte. Dies mache die Entscheidung so schwierig. Mit

Verweis auf die beiden jüngsten Anträge der UWG- und SPD-Stadtratsfraktion, stellt Stadträtin Leininger fest, dass nicht alles, was im Schulentwicklungsbericht stehe, noch aktuell sei bzw. mit dem Konsolidierungsprogramm übereinstimme. Unabhängig davon, ob die Mittelschule Mitte West gebaut oder nicht gebaut wird, möchte sie darauf hinweisen, dass dies Auswirkungen auf die Schülerschaft und den Schulbetrieb habe. Weiter macht sie darauf aufmerksam, was dies für die Grundschulen bedeute. Die Grundschulen „Auf der Schanz“ und in Friedrichshofen warten darauf, dass die Mittelschulen ausziehen, damit sie Platz bekommen. Zudem habe man im nächsten Jahr die erste Klasse, die den Anspruch auf ganztägige Förderung im Grundschulalter hat und dafür auch die Räumlichkeiten und das Personal braucht. Deswegen habe es aus ihrer Sicht Priorität, dieses Raumproblem zu lösen. Sie würde sich wünschen, dass die Mittelschüler im nächsten Jahr ausziehen können.

Frau Wittmann-Brand betont, dass die Verwaltung im Rahmen des Schulentwicklungsberichts selbstverständlich auch die Tagesbetreuung im Blick habe. Die Situation wird sich verschärfen, pflichtet sie Stadträtin Leininger bei. Man werde mehr Doppelnutzungen von Schulräumen in Kauf nehmen müssen. Dies sei nicht nur in Friedrichshofen und „Auf der Schanz“ der Fall. Hier habe man zusätzlich das Ignatius Haus an der Jesuitenstraße, um den Standort „Auf der Schanz“ zu entlasten. Geplant sei hier, dass die Mittelschulklassen in das Ignatius Haus gehen, damit der Grundschulbereich im Ganztagsbereich sich weiter im Mittelschulgebäude ausdehnen kann.

Herr Hoffmann betont, dass man durch die Wiederaufnahme der Friedrichshofener Mittelschule mit ca. 30 Mio. Euro am Ziel der Haushaltskonsolidierung vorbeischräumen würde. Man erreiche das Ziel ohnehin schon nicht ganz.

Stadtrat Dr. Schickel sagt, er könne die Emotionalität von Stadtrat Niedermayer sehr gut verstehen. Man rede hier nämlich nicht über Zahlen, sondern über Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche. Er betont, dass man nicht einzelne Schulen gegeneinander ausspielen dürfe. Angesichts der Schulmisere, die man in Ingolstadt seit vielen Jahren aufgebaut hat, sei es wichtig, zwischen Grundschulen, Mittelschulen, Förderschulen, Realschulen und Gymnasien zusammenzuarbeiten. Sicher sei die Auslagerung kein Spaß, gibt er Stadträtin Leininger recht. Dass das Katharinengymnasium zuerst in die Mittelschule Nordost ausziehen wird, davon würde auch die Mittelschule profitieren. Den Druck, den die Mittelschule verdient hat, müsse man weiter aufrechterhalten, damit die Sanierung des etwas kleineren Hämerbaus in der Jesuitenstraße beschleunigt werden kann. Dies sollte man seiner Ansicht nach massiv einfordern, damit das Katharinengymnasium zügig innerhalb von vier oder fünf Jahren saniert wird und dann die Mittelschule an dieser Stelle einziehen kann. Angesichts der Misere, die man hier hat, habe man zwei Vorteile, die man nicht unterschlagen darf, wenn man sich auf diese Planung, die vom Schulverwaltungsamt sehr umsichtig geplant worden ist, einlasse. Als Schule müsse man strategisch denken. Es gehe nicht um kurzfristige Lösungen. Die über Jahre aufgebaute Leerstelle dürfe man jetzt füllen und überlegen, wie man die Schullandschaft in Ingolstadt und darüber hinaus sinnvoll gestalten könne.

Oberbürgermeister Dr. Kern ergänzt, dass von Verwaltungsseite diese Lösungen mit den Schulleitern vorbesprochen wurde. Hier habe man erst einmal ein positives Feedback erhalten.

Stadtrat Reibenspieß könne sich ebenfalls nicht vorstellen, dass bei den Planungen eine Schulart bevorzugt wird. Er möchte jedoch auf die Schulentwicklungsplanung eingehen, da man laut Prognose bis 2031/32 an den Mittelschulen 32 Klassen mehr hat, dies bei einem gleichbleibend hohen Niveau bis 2035/36. Hier sehe er ein großes Manko für die Mittelschulen. Nachdem die Mittelschule Nordwest auf 2023 verschoben wird, würden die Mittelschulen ca. 10 Jahre lang unter schweren Bedingungen arbeiten müssen. Eine Entlastung gebe es frühestens im Jahr 2035, da es bis 2035 dauere, bis dieses Mittelschulkonzept mit Mittelschule Nordost und Nordwest abgeschlossen ist.

Frau Wittmann-Brand weist darauf hin, dass es „Auf der Schanz“ bereits eine Entlastung gebe, und zwar das Ignatius Haus. Die Mittelschule „Auf der Schanz“ wird in das Ignatius Haus ausgelagert, wodurch zusätzliche Räume geschaffen werden, die man für die Grundschule sowohl schulisch als auch für die Betreuung nutzen könne. Dies hänge nicht zwingend mit dem Neubau der Mittelschule zusammen.

Stadtrat Witty berichtet von einem Telefonat mit Herrn Fleckinger, dass man selbst jetzt nicht die Konsolidierungsziele einhalte, sondern sie regelmäßig in einzelnen Punkten immer mal wieder reiße. Es gäbe Bereiche in der Stadt, die man priorisieren müsse. Diese seien vor allem der Gesundheitsbereich und die Schulen. Mit der Vorlage habe man es sich zwar nicht leicht gemacht, trotzdem gehe er mit etlichen Punkten mit. Bezüglich der Mittelschule Mitte-West hieße es bereits in der Verwaltungsvorlage aus 2020, dass die Mittelschule „Auf der Schanz“ und Friedrichshofen stark überfrequentiert seien und man dringend einen Neubau benötige. Er habe den Eindruck, dass man keine nachhaltige Lösung für die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und Lehrkräfte finde. Er plädiert dafür, bei dem ursprünglichen Plan für die Mittelschule Mitte-West zu bleiben. Bezüglich des Apiangymnasiums trägt er vor, dass bereits 2008 erstmalig über die Generalsanierung diskutiert wurde. Planmäßig solle die Sanierung und Erweiterung des Apiangymnasiums 2037 abgeschlossen sein. Stadtrat Witty betont die Wichtigkeit der geplanten Fertigstellung bis 2037 und möchte dies deutlich im Antrag vermerkt haben. Es sei wichtig, dies heute nochmal zu beschließen, ansonsten mache man sich lächerlich. Zum Thema Lehrschwimmbecken müsse man sich Gedanken machen, was man langfristig planen könne, da aktuell die beiden funktionierenden Lehrschwimmbecken nur interimweise zur Verfügung stehen. Des Weiteren sei bei der Zweckverbandslösung mit dem Landkreis Pfaffenhofen das Problem, dass die Gastschulbeiträge nicht kostendeckend seien. Man zahle pro Jahr für die Beschulung von 1.300 Schülerinnen und Schüler aus umliegenden Gemeinden 130.000 € und stelle lediglich ein Gymnasium zur Verfügung. Er bittet Herrn Oberbürgermeister Dr. Kern zusammen mit seinen Kollegen der Landkreise eine Lösung zu finden, sodass die Beschulung der Gastschüler kostendeckend sei und man leicht dem Zweckverband beitreten könne. Er bittet um getrennte Abstimmung.

Oberbürgermeister Dr. Kern stellt klar, dass man dem Zweckverband nicht beitreten würde, sondern als Gründungsmitglied funktioniere. In einer idealen Welt könne man jede Schulbaumaßnahme realisieren und finanzieren. Aktuell habe man jedoch finanzielle Schwierigkeiten und müsse die lange To-Do-Liste klug priorisieren. Eine Analyse habe ergeben, dass die Priorität nicht im Gymnasialbereich, sondern im Mittelschulbereich liege. Deswegen auch die neue Mittelschule Südost und auch als Gebäude die neue Mittelschule Nordost. Er erklärt, dass der Zweckverband aufgrund der Prioritätenliste vorerst zurückgestellt werden müsse. Die Gastschulbeiträge seien aufgrund der Gesetzesregelung bei weitem nicht kostendeckend. Auch wenn diese einen gewissen Charme hätten, müsse am Ende alles finanzierbar sein.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass ein Konzept benötigt werde, welche Lehrschwimmbecken für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt werden können. Aktuell gebe es lediglich ein Lehrschwimmbecken, wobei es eine Frage der Zeit sei, wie lange dieses noch funktioniere. Das Rosner Gelände sei hierfür kein geeigneter Standort, da dieses bereits von schwimmfähigen Schülern benutzt würde und man eigentlich für Grundschüler ein Lehrschwimmbecken anbieten wolle. Sie stellt klar, dass das Problem im Moment nicht an der Schwimmfläche liege. Im Sportbad Südwest und der Donau Therme würden bereits Schüler Kurse angeboten. Im Sportbad würden jedoch nur 50 % der belegbaren Zeiten in Anspruch genommen. Ein wichtiger Punkt sei auch, dass es den Lehrern oft an der entsprechenden Qualifikation fehle. Außerdem biete die Stadt Ingolstadt aufgrund zahlreicher engagierter Vereine aktuell auch 313 Schwimmkurse an. Aufgrund der Spardebatte dürfe man sich allerdings keine großen Sprünge erlauben.

Herr Grandmontagne merkt an, dass so ein Konzept für die ganze Stadt gelten müsse und die Planung gut ein Jahr in Anspruch nehme. Mit dem Sportplatz und dem Kolumbus Schulzentrum Südwest gäbe es im Moment ausreichend Schwimmmöglichkeiten. Weiter sehe auch er, aus finanziellen Gründen, keine Chance.

Stadtrat Witty äußert, dass er das Problem nicht an den Flächen und Kapazitäten sehe, sondern bei der Anfahrt zu den Schwimmeinrichtungen. Die Einrichtungen werden zentral benötigt, da die Anfahrt für die Grundschülerinnen und Grundschüler zu lange sei. Wenn das Thema Bildungsbereich die oberste Priorität sei, müssen dementsprechend auch Taten folgen.

Oberbürgermeister Dr. Kern stellt klar, dass das Thema Schwimmen sehr wichtig sei, jedoch in den Schulen auch ein sehr komplexes Thema darstelle. Die Eltern seien gut beraten an Schwimmkursen und an Kapazitäten fehle es in der Stadt nicht.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hält es für richtig, diesbezüglich ein Gespräch mit den Schulleitungen zu führen. Beispielsweise sei es in Ringsee kein Problem, dort würde auch Schwimmunterricht angeboten, obwohl kein Lehrschwimmbecken in der Schule vorhanden sei. Es hänge also auch davon ab, welchen Stellenwert die Schulleitungen in den einzelnen Schulen auf das Thema lenke. Es sei völlig unrealistisch in jeder Grundschule ein Lehrschwimmbecken zu errichten.

Herr Hoffmann bringt vor, dass mit dem Beschluss des Baus der Mittelschule Nordost auf dem Rosner Gelände, sehr teure Schwimmbecken und auch wartungsintensive Schwimmbecken gebaut werden müssen. Lehrschwimmbecken gebe es nur noch eines, welches in Betrieb ist. Dieses habe allerdings einen abfallenden Boden und sehr niedrige Wasserhöhen. Dementsprechend müssen Schwimmbecken gebaut werden, welche einen Hubboden haben. Ein weiterer Punkt sei die Wassertemperatur, dort müsse man technisch nachhelfen, da das Wasser für die Kinder, die schwimmen lernen wollen deutlich wärmer sein müsse als für die, die Bahnen schwimmen. Das Wasser sei dann von der Temperatur so träge, dass man es zum nächsten Morgen für die Mittelschüler nicht genügend runtergekühlt bekomme. Zum Thema Bau der Mittelschule Mitte West erläutere er, dass diese 28,25 Mio. € koste und zusätzlich eingeplant werden müsse. Die Planungen seien im Moment gestoppt, können aber jederzeit wieder aufgenommen werden. Die Erweiterung und Sanierung des Apiangymnasiums werde selbst bei Komplikationen spätestens 2037 fertig. Wenn man so bauen könne, wie geplant, werde man sogar deutlich früher fertig.

Herr Fleckinger stellt fest, dass das Thema Lehrschwimmbecken seitens des Stadtrats zu Recht mit einer Dringlichkeit und Problematik behandelt werde. Das Einsparpaket von 30 Mio. Euro welches im IAK besprochen wurde, müsse ohnehin um ein Jahr, also 2029 verlängert werden. Weitere 60 Mio. Euro aus dem Bereich Hoch-, und Tiefbau und sonstigen Investitionen seien hier noch gar nicht berücksichtigt. Er sehe dementsprechend keine Möglichkeit einer Umsetzung. Man müsse froh sein, wenn man die Jahre 2026 ff. überhaupt in einen Ausgleich bringe. Das Paket, welches im IAK vorgeschellt wurde, sei eine Basis die verhandlungsfähig mit der Regierung diskutiert werden könne. Die Haushaltskonsolidierung 2026 beinhalte schwerste und äußere kritische Positionen, die zu entscheiden seien. Er sehe von der finanziellen Seite also nicht mal den Ansatz, das überhaupt umzusetzen.

Stadtrat Schäuble merkt zum Thema Mittelschule an, dass man diese strukturell in Teilen stark vernachlässigt habe. Er weist darauf hin, dass ursprünglich geplant war, für 580 Schüler mit 30 Klassen eine Schule im Au Graben zu bauen, welches aufgrund eines Bürgerbegehrens nicht gebaut wurde und diese Dilemma-Situation mitbefördere habe. Emotional verstehe er den Punkt 1 der SPD-Stadtratsfraktion, den Dachsberg sofort zu bauen. Es gebe gute Gründe dafür, jedoch gebe es auch gut funktionierende Räumlichkeiten, die noch einer Nachnutzung zugeführt werden können und eine fiskalische Entlastung bieten. Einer Refinanzierung hierbei stehe er skeptisch gegenüber. Bezüglich des

Apiangymnasiums fragt Stadtrat Schäuble an, was passieren würde, falls die Umsetzung bis 2037 nicht fertiggestellt werden könne. Zum Zweckverband Pfaffenhofen erinnert er an seinen damaligen ersten Antrag, nicht in den Zweckverband mit einzusteigen. Dies habe zuerst für große Empörung gesorgt, wurde jedoch dann allen klar, welche strukturellen Probleme damit verbunden seien. Er stimme zu, dass es aus bildungspolitischer Sicht wünschenswert wäre, die Gastschulbeiträge den echten Kosten anzupassen. Als Stadtrat könne man jedoch nicht die Landespolitik beeinflussen. Aktuell refinanzieren man strukturell die Landkreise, während Gastschulbeiträge hier dazu führen, dass die Kosten nicht gedeckt werden. Solange dieses System nicht geändert werde, könne man dem Zweckverband nicht beitreten.

Stadtrat Achhammer geht auf die beiden Dringlichkeitsanträge der UWG- und SPD-Stadtratsfraktion ein. Er trägt vor, dass das Geld, das man für die ganzen Planungen bräuchte, momentan nicht mehr erreichbar wäre. Wenn man die Schlagzeilen der letzten Tage aufmerksam verfolge, erkenne man, dass man sich eventuell in drei Jahren noch einmal mit einem Konsolidierungsprogramm beschäftigen müsse. In den letzten Wochen wurde das Konsolidierungsprogramm intensiv diskutiert und schlussendlich akzeptiert, da man momentan keine andere Möglichkeit habe. Er verstehe nun nicht diese zwei Dringlichkeitsanträge, zumal jeder sich neue Schwimmbäder und Lehrschwimmbekken an den Grundschulen wünsche, es jedoch zurzeit nicht machbar sei. Er appelliert dafür, die Verwaltung weiter planen und arbeiten zu lassen und das erarbeitete Konsolidierungsprogramm durchzusetzen. Zum Thema Mittelschulen erachtet Stadtrat Achhammer, dass es in Ingolstadt nicht der Fall sei, dass die Mittelschulen vernachlässigt werden. In den letzten zehn Jahren seien zwei nagelneue Schulen gebaut worden. Die Dritte habe der Bürgerentscheid gekippt. In München oder Region gebe es keinen Standort, an dem drei Mittelschulen gebaut wurden. Man müsse sich somit nicht verstecken.

Stadtrat Dr. Schickel weist zum Thema Lehrschwimmbekken darauf hin, dass der Auftragsträger, also die Stadt Ingolstadt, dafür verantwortlich sei, dass die Schulen einen lehrplanmäßigen Unterricht durchführen können. Falls dies nicht möglich sei, gibt es für die Eltern die Möglichkeit, die Stadt zu verklagen. Die Gastschulbeiträge seien im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz geregelt. Dies könne Stadtrat Gruber auf Landesebene ansprechen, da es hier in vielen Bereichen Defizite gebe und ein Ausgleich geschaffen werden müsse. Zum Thema Zweckverband erläutert Stadtrat Dr. Schickel, dass er sich nicht vorstellen kann, dass nach der Sanierung des Apian-Gymnasiums alle Ingolstädter Kinder aus dem Süden entsprechend Unterschlupf finden werden. Das Katharinengymnasium soll aus der Stadtmitte in den Nordosten rausverlagert werden. Des Reuchlin-Gymnasium und das Christoph-Scheiner-Gymnasium seien baulich einfach beschränkt und können nicht mehr Schüler aufnehmen. Er befürchtet, dass es zwangsläufig dazu komme, dass auch Ingolstädter Kinder aus dem Süden Zuflucht im Landkreis Pfaffenhofen beantragen müssen. Falls sich Pfaffenhofen nun genauso verhalte, wie Ingolstadt in den letzten zwei Jahren, dann könnte dies dazu führen, dass Pfaffenhofen Ingolstädter Schüler abweise. Deswegen halte er es für wenig zielführend, dem Zweckverband nicht beizutreten. Wie Oberbürgermeister Dr. Kern erwähnte, sei aufgeschoben nicht gleich aufgehoben. Man könne auch formulieren, dass man vorerst nicht in den Zweckverband einsteige.

Oberbürgermeister Dr. Kern stimmt dem zu und teilt mit, dass man lediglich über jetzt entscheide und nicht für alle Zukunft.

Herr Grandmontagne präzisiert, dass der Landkreis Pfaffenhofen nur dann Ingolstädter Schüler abweisen könne, wenn die Schule bereits voll sei. Ingolstadt weise ebenfalls Schüler lediglich aufgrund der nicht vorhandenen Kapazitäten ab.

Stadträtin Leininger teilt zu dem Dringlichkeitsantrag der UWG-Stadtratsfraktion mit, dass man aufgrund der jetzigen Lage sich dagegen entscheiden müsse und man mit dem ursprünglichen Plan gehe. Zum SPD-Dringlichkeitsantrag erachte sie die Formulierung

„zwingend“ als eine wunderbare politische Formulierung, die jedoch überhaupt nichts wert sei. Zu den Lehrschwimmb Becken wurde vorgetragen, dass die zur Verfügung stehenden Zeiten im Sportbad für das Schulschwimmen gar nicht ausgenutzt werde und man zuerst diese Zeiten ausnutzen solle, bevor man sich über neue Schwimmb Becken Gedanken mache. Zum Zweckverband teilt Stadträtin Leininger mit, dass Ingolstadt der Mittelpunkt einer größeren Region und auch ein zentraler Bildungsstandort sei. Im Moment fehle jedoch das Geld dazu.

Stadtrat Reibenspiß informiert, dass es zwei Grundschulen gebe, an denen kein Schwimmunterricht stattfinde. Er habe mit beiden Schulleitungen telefoniert und erfahren, dass bei der einen Grundschule das Problem darin bestehe, dass es keine Lehrkräfte gebe, die die Befähigung haben, Schwimmunterricht erteilen zu dürfen. Dieses Problem könne der Stadtrat nicht lösen. Bei der anderen Schule liege das Problem darin, dass der Hubboden für die Grundschule nicht eingestellt sei. Dies könne man jedoch anders organisieren und den Boden den Grundschulern entsprechend anpassen.

Frau Wittmann-Brand erläutert, dass es im Schulverwaltungsamt ein sog. Buchungsprogramm gebe, an denen sich die Schulen bei den Schwimmbädern einbuchen können und auch angeben können, welche Höhe des Hubbodens benötigt werde.

Stadtrat Köstler schließt sich dem Wortbeitrag von Stadtrat Achhamer bezüglich der Dringlichkeitsanträge an und ist ebenfalls dafür, die Verwaltung uneingeschränkt mit dem Konsolidierungsprogramm weitermachen zu lassen. Er bemängelt die Aussage von Stadtrat Schäuble, dass die Rettung des Grünrings schuld an der Schulmiserie sei. Diese Aussage sei absolut daneben und eine sehr unpassende Bemerkung. Wie bereits Stadtrat Dr. Schickel zusammengefasst habe, habe man über Jahre an der Stelle wahrscheinlich deutlich zu wenig getan und müssen jetzt mit den vorhandenen Mitteln aufholen.

Stadtrat De Lapuente ist der Ansicht, man könne mit vielen Punkten der Sitzungsvorlage mitgehen. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll habe bezüglich der Lehrschwimmb Becken bereits eine Brücke geschlagen, dass man einen runden Tisch einrichte zu den Lehrschwimmb Becken. Im Dringlichkeitsantrag stehe lediglich, dass man nochmal in die Planungsphase gehe und die Bau- und Sanierungsmaßnahmen genau betrachte, wo Lehrschwimmb Becken saniert oder neu gebaut werden könnten. Zum Zweckverband des Gymnasiums könne er mit der Formulierung „vorerst“ mitgehen und zu gegebener Zeit noch einmal eine Entscheidung darüber treffen. Zum Thema Dachsberg bei der Schule Mitte-West hält er an seinem Antrag fest und möchte diese Investition in den Haushalt mitabbilden.

Stadtrat Stachel stellt fest, dass der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Irritationen geführt habe. Zum Thema Zweckverband gebe es die klare Haltung, dass dies zwar wünschenswert wäre, aber nicht zur Debatte stehe. Der Begriff „vorerst“ werde dem Landkreis Pfaffenhofen nicht groß dienen, ebenso wie der Begriff „zwingend“ bei den Bausanierungen des Apiangymnasiums. Mit solchen Formulierungen mache man sich beinahe lächerlich. Zum Thema Lehrschwimmb Becken müsse man die Nutzung der vorhandenen Schwimmfläche optimieren und ausnutzen. Er könne nachvollziehen, dass Doppelstunden nicht ausreichen, um einen ordentlichen Schwimmunterricht zu gewährleisten. Hier brauche man jedoch organisatorische Veränderungen seitens der Schule. Aus städtischer Sicht könne man eventuell im Bereich „fehlendes befähigtes Personal für Schwimmunterricht“ unterstützen, z.B. mit einem Bademeister. An oberster Stelle stehe die Gesundheitsversorgung und die Schulen. Außerdem müsse man sich miteinander nochmal bezüglich der Theatersanierung messen. Schlussendlich unterstütze er weiterhin die Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung.

Stadtrat Köstler bittet um Unterlassung seitens Stadtrat Stachel die Schulen mit der Kultur auszuspielen. Zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion fügt er hinzu, dass man sich natürlich wünsche, den Bau der Schule Mitte-West am Dachsberg so schnell wie

möglich umzusetzen. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage befürchte er jedoch keine positive Rückmeldung. Er bittet darum, das Thema zu gegebener finanzieller Zeit erneut aufzugreifen und erneut zu prüfen. Des Weiteren stimme er zu, dass das Apiangymnasium spätestens 2037 fertiggestellt sein müsse. Er erinnert daran, einen Antrag gestellt zu haben für die bessere Umsetzung des Schwimmunterrichts. Aufgrund der aktuellen Lage sei die Umsetzung jedoch schwierig. Hier solle man versuchen mit den Grundschulen zu sprechen und anzubieten, die Möglichkeiten der vorhandenen Sportstätten in Anspruch zu nehmen. Zum Zweckverband schließt sich Stadtrat Köstler den Wortbeitrag von Stadtrat Stachel an. Man müsse die Entwicklung von Pfaffenhofen abwarten und nochmal später mit dem Thema befassen.

Herr Hoffmann stellt klar, dass man planungstechnisch dem Hochbauamt nicht zumuten könne, die Planung der Mittelschule Mitte-West wieder zu stoppen und beliebig wiederaufzunehmen. Dieses habe finanzielle Nachteile und erschwere die Planung.

Oberbürgermeister Dr. Kern ist der Ansicht, dass Stadtrat Köhler gemeint habe, dieses Thema im Auge zu behalten und in ein paar Jahren erneut anzuschauen.

Stadtrat Köhler bestätigt Herrn Oberbürgermeister Dr. Kern. Er ergänzt, dass Kosten entstehen würden, die minimiert werden könnten, wenn man das alles gemeinsam in die Wege leite.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Stadt Ingolstadt aus haushaltsrechtlichen Gründen die Planung sowie die Bauaufträge trennen müsse. So sei es möglich, dass man dadurch teurere Preise bekäme, wenn man wartet, aber man könne es sich diese dann schlussendlich nicht leisten. Da man nicht an den Bezirk gebunden sei, habe man keinen finanziellen Vor- oder Nachteil dadurch, dass man separat baue.

Stadtrat Stachel erklärt, dass es nicht darum gehe, Dinge gegeneinander auszuspielen, sondern wenn man begrenzte Mittel zur Verfügung habe, versuche, diese zu priorisieren.

Stadtrat Dr. Schuhmann erinnert Stadtrat Stachel an seine Plakataktion mit Fake-News bezüglich des Apiangymnasiums und bittet ihn, sich künftig an die Wahrheit zu halten, um die Gesellschaft nicht zu spalten.

Stadtrat Stachel ergänzt, dass das Thema Wahrheit für alle gelte.

Stadtrat Schäuble erachtet es als fair gegenüber den Gebietskörperschaften das Signal zu setzen, dass vorerst nicht die nächsten vier Wochen bedeute, sondern durchaus die nächsten fünf Jahre bedeuten könne.

Stadtrat Wöhl informiert, dass sich die CSU-Stadtratsfraktion ausführlich über die Waschbecken in den Grundschulen unterhalten habe. Natürlich müsse man sparen, wo es gehe, jedoch sei hier bis zur vierten Klasse die Aufsichtspflicht gegeben. Somit stehe er grundsätzlich dafür, dass man in den Grundschulen Waschbecken einrichte.

Stadtrat Achhammer spricht sich für die Errichtung eines Waschbeckens in der Grundschule in Unsernherrn aus.

Stadtrat Stachel befürwortet ebenfalls Waschbecken in Klassenzimmern und fragt an, ob dies an dem Standort Unsernherrn noch mit normalen und verhältnismäßigen guten Mitteln machbar sei oder ein besonderer Aufwand notwendig sei.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Planung und Umsetzung ein größerer Aufwand sei und für die Waschbecken in den Klassenzimmern der Grundschule in Unsernherrn ca. 140.000 € Kosten entstehen würden. Jedoch könnte man dies planungstechnisch umsetzen.

Stadträtin Leininger erachtet den entscheidenden Punkt darin, ob die Kinder zum Händewaschen auf die Toilette gehen oder auch außerhalb der Toiletten ein Waschbecken in angenehmem Ambiente zur Verfügung stehe. Sie bittet um Erläuterung des Lernhaus-Konzepts.

Herr Hoffmann erklärt den Kompromissvorschlag, dass in der Mitte der Grundschule Unsernherrn sich ein Rondell befinde, indem eine Teeküche sei. Dort hätte man 2-3 extra Waschbecken angebracht, sodass die Kinder dort ihre Hände waschen können.

Herr Grandmontagne erklärt Stadtrat Wöhl, dass das Thema Aufsichtspflicht durch die Sichtverbindung des Lernhaus-Konzeptes entkräftet werde.

Herr Hoffmann ergänzt, dass die Sichtverbindung bei fast allen Klassenzimmern gegeben sei und es pro Stockwerk immer ein Waschbecken gäbe, dass nicht um die Ecke sei.

Stadtrat Achhammer stellt den Antrag, den Beschluss rückgängig zu machen und ebenfalls in Unsernherrn in jedes Klassenzimmer Waschbecken anzubringen.

Stadtrat Reibenspieß stellt klar, dass man Waschbecken gerade in Grundschulen brauche, da man keine Fachräume für Kunsterziehung habe und dies bedeute, dass alle Kinder das Wasser für den Malunterricht sich außerhalb des Klassenzimmers holen müssen.

Stadtrat Höbusch vertritt den Standpunkt die Konsolidierung ernst zu nehmen und nicht für Stadtrat Wöhl aus Unsernherrn „goldene Waschbecken“ in Grundschulen zu errichten.

Stadtrat Wöhl entgegnet, dass man grundsätzlich über Waschbecken an den Grundschulen geredet habe. Zufällig sei an der Grundschule in Unsernherrn kein Waschbecken angebracht und sei deshalb zu klären.

Herr Hoffmann erklärt, dass das Lernhaus-Konzept für die Grundschule Unsernherrn pädagogisch sehr wertvoll sei und es auch dazu führe, dass die Klassenzimmer um eine zentrale Mitte gruppiert werden. Durch diese zentrale Mitte seien die Leitungen länger und somit auch kostenintensiver.

Stadtrat Dr. Böhm spricht sich grundsätzlich für die Errichtung der Waschbecken an Grundschulen aus. Es sei schade um die 140.000 Euro, die in der vorherigen Planung nicht berücksichtigt worden, jedoch würde man später über 240 Mio. Euro sprechen. Jetzt müsse man sparen bei den kleinen Beträgen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erachtet es als pädagogisch sinnvoll, in den Schultypen vergleichbare Standards zu haben und keine Ausnahmen zu machen. Im Umkehrschluss sei die Festlegung, dass andere Schulen keine Waschbecken in Klassenzimmern haben ein Beitrag zur Konsolidierung.

*Die Vorlagen der Verwaltung **V0394/25** und **V0437/25** sowie die Anträge der UWG-Stadtratsfraktion **V0518/25** und der SPD-Stadtratsfraktion **V0543/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

*Stadtrat Köhler gibt bekannt, dass sich der Antrag der **UWG-Stadtratsfraktion V0518/25** durch die ausführliche Diskussion erledigt hat.*

Abstimmung über den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0543/25:

Mit Mehrheit der Stimmen abgelehnt:

3. d. IV: Änderung: Die ursprünglichen Planungen bezüglich des Baubeginns der Mittelschule Mitte-West (Am Dachsberg) werden vollzogen.

Mit Mehrheit der Stimmen:

3. d. V: Ergänzung: Die Sanierung und Erweiterung des Apian-Gymnasiums ist zwingend spätestens im Jahr 2037 fertiggestellt.

Mit allen Stimmen:

3. d. VIII.: Ergänzung: **Die Stadtverwaltung organisiert einen „runden Tisch“ zum Thema geplante langfristige Lehrschwimmstättenversorgung im Rahmen der Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Schulen.**

Mit allen Stimmen:

3. e.: Änderung: Mit der Maßgabe, dass eine Beteiligung der Stadt Ingolstadt an einem Zweckverbandsgymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird **vorerst** nicht weiterverfolgt.

Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung V0394/25:

Mit allen Stimmen:

- 1.) Die Verwaltung gibt den vorliegenden Konsolidierungsvorschlag bekannt. Sämtliche vorgetragenen Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der künftigen Finanzierbarkeit.
- 2.) Die Verwaltung wird im Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt, in den betroffenen Projekten bestehende Verträge und bestehende Verbindlichkeiten ggfs. abzuwickeln.
- 3.) Maßnahmen aus dem Bereich Hochbau
 - a. Die Verwaltung wird beauftragt, Sanierungsmaßnahmen künftig mit einer Obergrenze auf den zum Zeitpunkt der Förderantragstellung gültigen Kostenrichtwert zu planen.
 - b. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen von Programm- und/oder Projektgenehmigungen Einsparpotenziale hinsichtlich Flächen- und Baustandards in separaten Antragspunkten mit entsprechender finanzieller Auswirkung darzustellen.
 - c. Die Verwaltung wird beauftragt, bei künftigen Schul- und Kitabaumaßnahmen die Küchentechnik in Ausführung und Ausstattung entsprechend der Beschlussfassung zur Machbarkeitsstudie Mittagsverpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Schulen (V0359/25) auszuführen.
 - d. Den konkreten Umsetzungsvorschlägen zum gesteckten Einsparziel wird wie folgt zugestimmt

- I. Der Modulbau am Schulstandort Oberhaunstadt (Interimsmaßnahme Mittelschule Nord-Ost) wird nicht weiterverfolgt.
 - II. Die Neubauten der Mittelschule Nord-Ost und der 3. Staatlichen Realschule (Rosnergelände) werden auf die Jahre 2026 ff. vorgezogen und damit zeitgleich errichtet. Die neu errichteten Flächen der Mittelschule werden übergangsweise zur Vollausslagerung des Katharinen Gymnasiums genutzt.
 - III. Die Ertüchtigung des Hauses D am Brückenkopf (Interimsmaßnahme 3. Staatliche Realschule) wird bis zur LP2 weitergeführt und das Ergebnis dann zur weiteren Beratung dem Stadtrat vorgelegt.
 - IV. Der Baubeginn der Mittelschule Mitte-West (Am Dachsberg) wird auf die Jahre 2030 ff. verschoben.
 - V. Die Sanierung und Erweiterung des Apian-Gymnasiums wird in Bauabschnitte aufgeteilt. Die Kosten der Sanierung sind auf den zum Zeitpunkt der Projektgenehmigung gültigen Kostenrichtwert zu begrenzen; Mehrkosten sind als gesonderte Beschlusspunkte darzustellen.
 - VI. Die Sanierung und Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums ist fortzuführen, das Umsetzungskonzept wird ergebnisoffen im Rahmen der Projektgenehmigung vorgestellt. Die Kosten der Sanierung sind auf den zum Zeitpunkt der Projektgenehmigung gültigen Kostenrichtwert zu begrenzen; Mehrkosten sind als gesonderte Beschlusspunkte darzustellen.
 - VII. Die Sportanlagen an der Bezirkssportanlage Südost/ESV-Stadion (Mittelschule Süd-Ost/Tilly-Realschule und priv. Wirtschaftsschule im Investorenmodell) sind in zwei Bauabschnitte aufzuteilen. Der schulisch notwendige Bauabschnitt wird priorisiert.
- e. Eine Beteiligung der Stadt Ingolstadt an einem Zweckverbandsgymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird **vorerst** nicht weiterverfolgt.

4.) Maßnahmen aus dem Bereich Tiefbau

- a. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme „Audi-Südring“ einstweilig nicht weiterzuverfolgen
- b. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme "vierstreifiger Ausbau der OU Etting" einstweilig nicht weiterzuverfolgen.
- c. Der Konsolidierungsvorschlag für Maßnahmen im Bestand wird zur Kenntnis genommen. Dieser wird Bestandteil der weiteren Haushaltsplanungen

5.) Die finanziellen Auswirkungen der gem. den Antragspunkten 2 – 4 gefassten Beschlüsse werden Grundlage für die Haushaltsplanung 2026 ff. und sind in das Investitionsprogramm einzuarbeiten.

Gegen 10 Stimmen:

Ergänzung zum Stadtrat 29.07.25:

- 6.) Die Verwaltung wird beauftragt, als Standard Klassenzimmerwaschbecken bei Schulbaumaßnahmen in Grund- und Förderschulen einzuplanen. Bei allen anderen Schulen sollen zentrale Waschbecken (zu den Sanitäranlagen) in allgemeinen Aufenthaltsbereichen vorgesehen werden